

IRAN

Frau nach Taufe im Ausland mit Gefängnis bestraft

Als „Gefangene des Monats Februar“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA die iranische Christin Laleh Saati benannt. Am 13. Februar 2024 wurde sie im Haus ihres Vaters festgenommen und ins Evin-Gefängnis nach Teheran gebracht, wo sie drei Wochen lang verhört wurde. Saati hatte während eines Aufenthaltes in Malaysia dem Islam den Rücken gekehrt und sich taufen lassen. Seit 2017 lebte sie wieder in ihrer iranischen Heimat. Am 25. März 2024 wurde die Christin von der 26. Abteilung des Revolutionsgerichts in Teheran zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe wegen angeblicher Gefährdung der nationalen Sicherheit und Verbindungen zu einer „zionistisch-

Musterbrief

Seine Exzellenz
Präsident Massud Peseschkian
c/o Botschaft der Islamischen Republik Iran
Podbielskiallee 65-67
14195 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

die iranische Staatsbürgerin Laleh Saati hat ihr Recht wahrgenommen, ihre Religion frei zu wählen. Die Christin wurde am 13. Februar 2024 festgenommen und ins Evin-Gefängnis nach Teheran gebracht. Frau Saati wird die Gefährdung der nationalen Sicherheit sowie Verbindungen zu einer „zionistisch-christlichen Organisation“ vorgeworfen, weil sie sich dem Christentum zugewandt hat. Die 26. Abteilung des Revolutionsgerichts in Teheran verurteilt sie am 25. März 2024 zu zwei Jahren Gefängnis.

Die Islamische Republik Iran hat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte völkerrechtlich verbindlich ratifiziert. In Artikel 18 dieses Dokumentes wird jedem Menschen das Recht garantiert, seinen Glauben zu wechseln und auch für ihn zu werben. Daher appelliere ich an Sie, sich für die sofortige und bedingungslose Freilassung der Glaubensgefangenen einzusetzen.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: PRIVAT

Laleh Saati

christlichen Organisation“ verurteilt. Zudem wurde ein Ausreiseverbot für zwei Jahre nach Haftentlassung verhängt. Berichten zufolge geht es der 46-Jährigen in der Haft psychisch schlecht. Am 28. September 2024 wurde bekannt, dass das zuständige Gericht ihren Antrag auf Freilassung gegen Kautionszahlung abgelehnt hat. IGFM und IDEA bitten darum, in Briefen an den Präsidenten des Iran, Massud Peseschkian, für Saatis bedingungslose Freilassung einzutreten.

Bericht: Drastische Zunahme der Verfolgung von Konvertiten im Iran

Die Verfolgung von Konvertiten mittels Inhaftierung hat sich im Jahr 2024 vervielfacht. Einem Menschenrechtsbericht unter dem Titel „Die Spitze des Eisbergs“ zufolge sind in dem Zeitraum von Januar bis Dezember des zurückliegenden Jahres 96 Christen zu insgesamt 263 Haftjahren verurteilt worden; im Jahr 2023 waren 22 Iraner christlichen Bekenntnisses solchen Willkürurteilen unterworfen. Mehrfach verhängten die Richter drakonische Strafen von zehn bis 15 Jahren Haft.

Die Autoren des Berichts, an dem meh-

rere christliche Organisationen mitwirken, gehen davon aus, dass diese Anzahl nur ein Bruchteil der Betroffenen umfasst. Aus Furcht vor weiteren Repressalien vermeiden viele Verfolgte, den Grund für ihre juristischen Verfahren bekannt zu geben. Auf die Neuchristen werde staatlicherseits massiv Druck ausgeübt, ihren Glauben zu widerrufen. Aus den Akten solcher Gerichtsprozesse geht laut Bericht hervor, dass Bibeln wie Schmuggelware betrachtet und sie mit Beweismitteln für Verbrechen gleichgesetzt werden. Selbst alltägli-

che religiöse Praxis reiche den Behörden der Mullah-Diktatur aus, um Christen zu kriminalisieren. Selbst vor den anerkannten, nicht missionierenden christlichen Gemeinschaften macht der radikalislamische Staat nicht Halt: Auch unter ihnen kommt es zu Festnahmen, Verhören, Enteignungen und Überwachung der Finanzen – unter ständigem Verdacht, unerlaubt aus dem Ausland Unterstützung anzunehmen. Im Falle einer Verurteilung wegen dieses Delikts drohen den Betroffenen bis zu zehn Jahre Haft.

WELTWEIT

Religionsfreiheit zunehmend bedroht – Brennpunkte in Nahost, Asien und Afrika

Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit wird zunehmend missachtet. Zu diesem Ergebnis kommen die Herausgeber des Jahrbuchs „Religionsfreiheit“. Bei der Vorstellung der jüngsten Ausgabe kürzlich in Berlin erklärte Mitgründer Professor Thomas Schirmmayer, Präsident des Internationalen Rates der IGFM: „Weltweit hat sich in kaum einer Region die Lage der Religionsfreiheit und der Menschenrechte in den vergangenen zehn Jahren verbessert. Das Gegenteil ist leider der Fall.“

Besondere Sorge bereiten den Menschenrechtsexperten die Entwicklungen im Mittleren und Nahen Osten mit ihren Auswirkungen auf Europa, die Türkei und speziell auf Deutschland. Weitere Brennpunkte sind in Afrika, Indien und China. Unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas werden tibetische Buddhisten

staatlich verfolgt. (Mehr dazu erfahren Sie im untenstehenden Beitrag.) In Sri Lanka wiederum geraten Christen und Muslime durch buddhistischen Nationalismus unter Druck, teils durch behördliche Diskriminierung und teils durch gewaltsame Übergriffe von Extremisten. Zudem bereitet der erstarkende Islamismus in Bangladesch den Experten ebenso Sorgen wie die bedrängte Religionsfreiheit in Myanmar, wovon Muslime und Christen betroffen sind.

In der Geschäftsstelle der IGFM sind noch Exemplare des Doppelbuchs – Jahrbuch „Religionsfreiheit“ und Jahrbuch „Verfolgung und Diskriminierung von Christen“ – kostenlos verfügbar. Wir senden Ihnen gerne ein Exemplar zu:

info@igfm.de



Thomas Schirmmayer, Martin Lessenthin und Martin Warnecke (Hg.): Jahrbuch Religionsfreiheit 2024. Studien zur Religionsfreiheit Bd. 42. Verlag für Kultur und Wissenschaft: Bonn, 2024.

CHINA/TIBET

„Kulturelle Vernichtung“ schreitet voran

Der Münchener Politikwissenschaftler und Asienexperte Ingmar Niemann hat die systematischen Menschenrechtsverletzungen in Tibet durch die kommunistische Führung Chinas als „kulturelle Vernichtung eines fremden Volkes“ bezeichnet. In einem Beitrag für das Jahrbuch Religionsfreiheit 2024, das unter anderem von der IGFM mit herausgegeben wird, schildert Niemann insbesondere die Eingriffe in das Recht auf freie Religionsausübung der überwiegend

buddhistischen Tibeter, die sogar die Kultusfreiheit berühren. „Doch deutlich wird, China will die absolute Kontrolle über die religiösen Institutionen und Führer des tibetischen Buddhismus“, schreibt er.

Im Jahr 1996 begann die Volksrepublik mit einem Programm zur „patriotischen Umerziehung“, das seit Xi Jinpings Amtsantritt 2014 forciert wird, wobei Kommunisten selbst die Leitung der buddhistischen Lehranstalt Larung Gar über-

nommen haben; dort sowie im gesamten Tibet unter chinesischer Kontrolle wurden Mönche und Nonnen aus ihren Klöstern vertrieben und ihre Wohngebäude sowie buddhistische Gebetsstätten und Lehranstalten zerstört. Weder die gewaltlose Dialog-Strategie des Dalai Lama noch gelegentliche Aufstände und Selbstverbrennungen hätten bislang zu einer Umkehr dieser Politik geführt, obwohl Peking dadurch im Innern den Frieden gefährdet.

WELTWEIT

Starker Anstieg des Antisemitismus

Fast die Hälfte aller Erwachsenen weltweit hegt tief verwurzelte antisemitische Ansichten. Von diesem erschütternden Ergebnis einer Erhebung berichtet der Publizist Neville Teller in der Jerusalem Post am 27. Januar 2025, dem 80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz. Es handelt sich um die umfassendste Untersuchung der weltweiten öffentlichen Meinung zu diesem Thema, die jemals durchgeführt wurde. Das Projekt wurde zwischen Juli und November 2024 von der Anti-Defamation League (ADL) in Zusammenarbeit mit dem multinationalen Marktforschungsunternehmen Ipsos und anderen umgesetzt. Mehr

als 58.000 Erwachsene aus 103 Ländern und Gebieten wurden für die repräsentative Studie befragt. Die Umfrage zeigt auch, dass der Anteil der Erwachsenen weltweit, die antisemitische Ansichten hegen, von 26 Prozent im Jahr 2014 auf 46 Prozent im Jahr 2024 gestiegen ist.

Im Nahen Osten und in Nordafrika ist dieser Anteil unverhältnismäßig höher, denn in dieser Region halten die drei Viertel der Befragten antisemitische Vorurteile für wahre Aussagen, wohingegen der Anteil in westlichen Rechtsstaaten am geringsten ausfiel. Aber auch hier steht nicht alles zum Besten: Der britische „Community Security Trust“

verzeichnete einen Anstieg antisemitischer Vorfälle um 204 Prozent zwischen dem 7. Oktober 2023 und 30. September 2024.

Der Autor zeigt sich besonders über das Proporzverhältnis von beinahe vier Milliarden Antisemiten zu lediglich 2,3 Juden weltweit außerhalb Israels und der USA erstaunt. Für Menschenrechtsorganisationen ist vor allem der hohe Anteil an Unwissenheit über den Völkermord der Nazis an den europäischen Juden, der bei etwa 20 Prozent liegt, ein Weckruf. Dies zeigt, wie wichtig es ist, auch lange nach der Überwindung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit an die grausame Vergangenheit zu erinnern.